

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846-48 ppbn d

## Inhalt

Alfons Pawelczyk MdB warnt davor, Rüstungsvorhaben der NATO bereits jetzt festzuschreiben.

Seite 1/2

Der NATO-Gipfel in Washington hat die Handlungsfähigkeit des westlichen Bündnisses bewiesen.

Seite 3/4

Staatssekretärin Anke Fuchs wirft der Opposition rentenpolitische Alternativlosigkeit vor.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 106-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 1o2

1. Juni 1978

Junktims können die Entspannungspolitik gefährden

Kooperative Rüstungssteuerung dringend notwendig

Von Alfons Pawelczyk MdB  
Vorsitzender des Bundestags-Unterausschusses für Abrüstungsfragen

Trotz erheblicher Erfolge in der Entspannungspolitik ist das Mißtrauen zwischen Staaten und Bündnissystemen noch so groß, daß die Fortsetzung der Entspannungspolitik in vielen Bereichen verzögert und blockiert wird. Die Rüstungsanstrengungen des Warschauer Paktes gehen nach unserer Auffassung über das für eine Verteidigung erforderliche Maß hinaus. Es besteht die Sorge, daß diese Entwicklung fortgesetzt wird. Die Reaktion der NATO darauf ist das in dieser Woche verabschiedete langfristige Verteidigungsprogramm. Diese Reaktion war erforderlich, um die sicherheitspolitische Stabilität in Europa aufrechtzuerhalten. Das Langzeitprogramm darf jedoch nicht dazu führen, schon jetzt die Rüstungsvorhaben der NATO für die nächsten zehn Jahre festzuschreiben.

Dieses Programm hat eine Signalwirkung. Die NATO wird die erforderlichen Schritte unternehmen, um ihre Verteidigungsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig muß sie bereit sein, auszuloten, wo gemeinsame Interessen zwischen Bündnissen liegen, um auf dieser Basis den Rüstungswettlauf zu stoppen. Das Programm muß so flexibel aufgebaut sein, daß auf die Verwirklichung bis zum letzten Programmpunkt bei entsprechenden Zugeständnissen des Warschauer Paktes verzichtet werden kann.

Die Rahmenbedingungen für diese Politik scheinen sich in letzter Zeit verschoben zu haben: Es wächst die Bereitschaft, partielle Unterlegenheiten durch Heraufrüsten statt Herunterrüsten auszugleichen und in zunehmendem Maße werden die laufenden Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung durch neue aktuelle Probleme belastet.

Die weitere Stabilisierung der sicherheitspolitischen Lage hängt jedoch von der Fähigkeit und Bereitschaft ab, politi-

sche Probleme einander realistisch zuzuordnen: Die vereinbarten Verhandlungsrahmen müssen eingehalten werden, und Konfliktbereiche, die bisher noch nicht in Verhandlungen eingeschoben sind, müssen einbezogen werden. Überall dort, wo Verträge geschlossen worden sind, ist es gelungen, vorherige gespannte Verhältnisse zu entspannen. Das Wesen der Entspannung besteht in der Ausweitung der durch Verträge entschärften Gebiete auf weitere Gebiete und zwar sowohl auf weitere Sachgebiete als auch auf weitere geographische Gebiete.

Jeder Versuch, die andere Seite durch ein Junktim oder durch die Verknüpfung unterschiedlicher Problembereiche erpressen zu wollen, gefährdet die Entspannungspolitik. Dadurch wird eine Atmosphäre erzeugt, die Emotionen freie Hand läßt und in der gegenseitiges Mißtrauen die Politik beeinflusst. Von diesem Zustand sind die Staaten leider nicht weit entfernt.

Solchen Tendenzen muß entschieden entgegengetreten werden. Die sehr differenzierte Rede Helmut Schmidts vor der Abrüstungs-Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen war hierzu ein überzeugender Beitrag. Er hat in seiner Rede vor den Vereinten Nationen "Gleichgewicht" als das wichtigste Prinzip bezeichnet, von dem alles Bemühen um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung auszugehen hat. Er hat ausgeführt, daß militärisches Gleichgewicht sich nicht notwendigerweise in totaler arithmetischer Identität bei allen Arten von Streitkräften und Waffen ausdrücken müsse, sondern das Parität insgesamt sicherheitspolitisch bestehen müsse. Gleichgewichtspolitik könne sich keineswegs auf den militärischen Bereich beschränken. Vielmehr sei das Streben nach Gleichgewicht im außenpolitischen, im ökonomischen und im sozialen Felde notwendig. Diesen Zusammenhang dürfen wir bei den Verhandlungen, die zu Truppen- und Waffenreduzierungen führen sollen, nicht außer Acht lassen.

Um die sicherheitspolitische Stabilität zu festigen, bedarf es einer Konzeption, die auf den bisherigen Erfahrungen der Entspannungspolitik aufbaut und unter Wahrung der legitimen Sicherheitsinteressen beider Seiten die vorhandenen Verhandlungsrahmen ausschöpft sowie Bereiche, über die bisher nicht verhandelt wird, einbezieht.

Leonid Breschnew hat bei seinem jüngsten Besuch in Bonn die erforderliche Kooperationsbereitschaft signalisiert: Beide Seiten betrachten es als wichtig, daß niemand militärische Überlegenheit anstrebt. Sie gehen davon aus, daß annähernde Gleichheit und Parität zur Gewährleistung der Verteidigung ausreichen.

Im militärischen Bereich setzt eine auf Gleichgewicht beruhende Stabilitätspolitik voraus, daß keine Seite militärische Überlegenheit anstrebt. Diese Forderung ist legitim und allseits anerkannt.

Unterschiede gibt es jedoch in der Bewertung, ob das vorhandene oder geplante Potential der einen oder der anderen Seite Überlegenheit beinhaltet, die eine Bedrohung darstellt oder tendenziell zu einer Bedrohung führen kann. Um hier zu einer angemessenen Bewertung zu gelangen, ist es erforderlich, von der Friedensbereitschaft des anderen auszugehen und sein subjektives Sicherheitsbedürfnis in die eigenen Sicherheitsüberlegungen einzubeziehen. Das setzt voraus, durch dauernde, an Intensität zunehmende Gespräche und Verhandlungen die Motive verstehen zu lernen, die die Grundlage für Militärdoktrinen, Streitkräftestrukturen und Organisationen bilden. Wenn das nicht gelingt, führen verteidigungspolitische Maßnahmen zu Überreaktionen, die von Angst und Mißtrauen bestimmt werden. Dadurch würde der Rüstungswettlauf sich in einem Aktions-Reaktions-Schema vollziehen, bei dem jede Seite für sich in Anspruch nimmt zu reagieren.

Dieser Teufelskreis kann durchbrochen werden, wenn es gelingt, die Rüstung kooperativ, d.h. im Konsens mit der anderen Seite zu steuern. Politische Entscheidungen für die Entwicklung qualitativ neuer Waffensysteme dürfen nicht automatisch zur Produktion - und Produktionsentscheidungen nicht automatisch zur Dislozierung solcher Waffen führen.

Die Entscheidung der SPD über die Neutronenwaffe auf ihrem Bundesparteitag im November 1977 und der Beschluß Präsident Carters, die endgültige Entscheidung über den Bau der Neutronenwaffe bis zu einem gewissen Grade davon abhängig zu machen, ob die Sowjetunion Zurückhaltung in ihren konventionellen und nuklearen Waffenprogrammen und bei deren Indienststellung übt, ist ein erster Versuch, den Automatismus von Entwicklung, Produktion und Dislozierung neuer Waffensysteme durch eine Politik kooperativer Rüstungssteuerung zu durchbrechen.

## NATO-Bündnis ist den Herausforderungen gewachsen

## Washingtoner Gipfel unterstreicht westliche Handlungsfähigkeit

Ganz sicher hat der Verlauf der diesjährigen Sitzung des NATO-Rats, des sogenannten Gipfels, in Washington gezeigt, daß dieses Gremium wieder mehr von der politischen Diskussion bestimmt wird, als das in der Vergangenheit der Fall war. Die Teilnehmer verzichteten zum Teil darauf, ihre von Beamten ausgearbeiteten Stellungnahmen vom Blatt vorzutragen, sondern beteiligten sich in freier Rede an der Diskussion. Das mag nur als Äußerlichkeit erscheinen, ist aber von ganz wesentlicher Bedeutung für die Qualität der Aussprache. Bundeskanzler Helmut Schmidt hat übrigens einen erheblichen Anteil an diesem Stil.

Die wirkliche und vertiefte politische Diskussion politischer Vorgänge bewahrt vor Mißverständnissen und Rückschlägen. Versucht man nun ein erstes Fazit der Gespräche von Washington zu ziehen, wobei die am Rande der Konferenz in kleineren Runden geführten Gespräche nicht von minderer politischer Bedeutung sind als die Konferenz selbst, so steht bei den Ergebnissen an erster Stelle die völlige Übereinstimmung in der Frage der verteidigungspolitischen Notwendigkeiten und die Bereitschaft, diesen Notwendigkeiten gerecht zu werden. Das aber bedeutet keineswegs einen Trend zur Rückkehr in das Klima des Kalten Krieges.

Vielmehr stimmen die Bündnispartner auch darin überein, daß die Entspannungspolitik auf allen Ebenen und in allen Teilen der Welt fortgesetzt werden soll. Die drei Thesen, die der Bundeskanzler vor der Sondervollversammlung der Vereinten Nationen in der vergangenen Woche in New York vorgetragen hatte, nämlich die Unteilbarkeit der Entspannungspolitik und des Friedens für alle Teile der Welt, die Herstellung eines annähernden Gleichgewichts und der Verzicht beider Seiten, sich ein militärisches Übergewicht zu schaffen, sind in die politischen Perspektiven der NATO aufgenommen worden. Nicht nur hierbei zeigte sich übrigens das Gewicht der deutschen Stimme im Kreis der Verbündeten.

Der Initiative des Bundeskanzlers und Außenminister Genschers ist es zu danken, daß noch während der Konferenz in Washington Griechenland und die Türkei wieder

politische Gespräche aufnehmen und fortsetzen wollen. Im übrigen ist anzunehmen, daß das amerikanische Parlament bald auf die Warnungen Schmidts vor der Fortsetzung des Waffenembargos gegenüber der Türkei reagieren wird.

Irritiert waren europäische Beobachter der Konferenz über die versteifte Haltung amerikanischer Politiker gegenüber der Sowjetunion, die in Reden und Äußerungen von Vizepräsident Mondale und Sicherheitsberater Brzezinski zum Ausdruck gekommen war und die Konferenz zu beeinflussen schien. Es scheint jedoch so, als gelte dieser Lärm viel mehr innenpolitischen Zielen mit dem Blick auf die Fortsetzung und den Abschluß eines zweiten SALT-Abkommens mit der Sowjetunion. Daß Präsident Carter den Abschluß eines solchen Abkommens in nächster Zukunft dringend wünscht, unterliegt keinem Zweifel.

Für die Europäer ist jedoch wichtig, daß im Anschluß daran Gespräche über die Behandlung der in der Sowjetunion stationierten strategischen Waffen mit mittlerer Reichweite, die sogenannten Grauzonenwaffen, in Gang kommen. Es ist während der Konferenz gelungen, den amerikanischen Verbündeten von der Bedeutung dieser Frage für das Bündnis und die Notwendigkeit einer Lösung zu überzeugen. Es dürfte allerdings sehr schwer sein, den Kreis der interessierten Staaten für eine solche Konferenz zu bestimmen. Für SALT waren nur die beiden Großmächte an den Verhandlungstisch zu bringen. Bei den strategischen Mittelstreckenwaffen reicht das Einzugsgebiet bis in den Mittelmeerraum und den Nahen Osten.

Die Besorgnisse um Afrika sind zu einem bestimmenden Thema geworden. Zum ersten Male seit dem arabisch-israelischen Krieg vom Oktober 1973 und dem befürchteten Öl-Embargo richtete sich der Blick einer NATO-Konferenz von Europa fort in einen anderen Teil der Welt.

Wenn es zunächst den Anschein hatte, diese Gipfelkonferenz des Nordatlantikpakts könnte wieder als eine leerlaufende Publicity-Veranstaltung für hochrangige Politiker zu Ende gehen, so haben sich solche Befürchtungen nicht erfüllt. Es zeigt sich vielmehr, daß das Bündnis willens und in der Lage ist, sich gegenüber den Herausforderungen zu behaupten. Das Bündnis habe seit 30 Jahren seine Aufgaben hervorragend erfüllt, stellte der Bundeskanzler nach Schluß der Konferenz fest. Er hat recht damit, deshalb gibt es auch keinen Anlaß dazu, sich den Horizont durch Krisengerede um das Bündnis verdüstern zu lassen.

Wolfgang Fechner  
(-/1.6.1978/ks/10)

Opposition ohne sozialpolitische Glaubwürdigkeit  
-----

Ausweichen in europäische Rentenanpassungsvergleiche soll vom Unvermögen der CDU/CSU ablenken, einen eigenen Beitrag zur Lösung sozialer Fragen zu leisten

Von Anke Fuchs

Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Die CDU/CSU war nicht in der Lage, eine rechnerisch stimmige Alternative zu den sozialpolitisch ausgewogenen Plänen der Bundesregierung zur Konsolidierung der Rentenversicherung vorzulegen. Dieses, der Bevölkerung sehr bewußt gewordene Manko versucht sie jetzt durch ein Ablenkungsmanöver auf Kosten der europäischen Gemeinschaft auszugleichen. Warum so unseriös und zufällig gerade rechtzeitig zur Endphase des Wahlkampfes in Niedersachsen und Hamburg? Man merkt die Absicht, und man ist verstimmt.

Die Schlußfolgerungen, die CDU-Generalsekretär Geißler aus der Dokumentation der CDU/CSU über die Rentenanpassungssysteme zieht, sind wahrlich kein Beweis für die neuerlich mit übertriebener Anstrengung beanspruchte soziale Kompetenz, die allerdings nur von den unmaßgeblichen "sozialen" Flügeln der CDU unterstützt wird.

Die Behauptung, die Regierung koppelte die Altersversorgung vom europäischen Standard ab, ist nachgerade absurd. Die Bundesregierung hat den Beschluß des EG-Ministerrats aus dem Jahre 1974 zur "schrittweisen Einführung von Verfahren zur Anpassung der Sozialleistungen an den wachsenden Wohlstand in den einzelnen Mitgliedstaaten" maßgeblich veranlaßt.

Die Bundesregierung bekennt sich dazu nach wie vor ohne jeden Abstrich, weil sie die Teilhabe der Rentner an der wirtschaftlichen Entwicklung und die dazu gehörige laufende Rentenanpassung für einen Kernpunkt der sozialen Sicherung hält.

Die CDU-Dokumentation selbst zeigt für die Bundesrepublik nicht eine einzige Leistung der sozialen Alterssicherung auf, die nicht entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung dynamisiert wäre. Allerdings gibt es eine ganze Reihe von Sozialleistungen in anderen Ländern, bei denen die geforderten Anpassungen in der Tat noch schrittweise eingeführt werden müssen. Die EG-Kommission beklagt selbst, daß in einigen Ländern bei verschiedenen Leistungen noch nicht einmal die Preisindexie-

rung gewährleistet sei. Die Geißler-Dokumentation teilt offenbar das zentrale Ergebnis der EG-Kommission, wonach die "Relation zwischen Sozialleistungen und Arbeitsverdiensten vom Standpunkt der betroffenen Altersrentner sicherlich der entscheidende Vergleich" sei. Sicherlich, bei manchen Sozialleistungen in anderen Ländern wird nur die Preissteigerungsrate, d.h. der Kaufkraftverlust, ausgeglichen.

Aber welchen Vorwurf kann Geißler denn in Richtung Bundesrepublik erheben? Daß die Arbeitseinkommen seit 1969 um 98 Prozent, die Renten dagegen um 124 Prozent gestiegen sind? Oder die Renten in den nächsten drei Jahren um 13 Prozent und damit auch real deutlich erhöht werden?

Kann denn jemand ernsthaft bestreiten, daß die Rentner damit in jeder Hinsicht am wirtschaftlichen Wachstum teilnehmen, einen weiteren Kaufkraftzuwachs erhalten und sich diese Rentensteigerungen tatsächlich sehr eng an den Nettolohnsteigerungen der nächsten Jahre orientieren?

Vor allen Dingen sollte der "Sozialpolitiker" Geißler aber in der Lage sein zu differenzieren. Es ist ein anderes, Rentenerhöhungen von einem niedrigen Niveau aus vorzusehen oder von einem der höchsten der Welt. Der Standard der sozialen Sicherung in der Bundesrepublik - und dies gilt ganz besonders für das Niveau der Alterssicherung - ist aber unbestritten einer der höchsten in der Welt. Angesichts dieser Spitzenstellung ist es geradezu widersinnig, davon zu sprechen, die Rentenerhöhungen der nächsten Jahre führten zu einer Abkoppelung von europäischen Standard und seien nicht eindeutig zu kalkulieren. Welche Erhöhung ist denn kalkulierbarer als eine, die für drei Jahre im voraus durch feste Anpassungssätze Klarheit schafft und außerdem noch erhöhte Kaufkraft garantiert? Die Prozentsätze der Rentenerhöhung wurden doch gerade eindeutig festgelegt, um für die überschaubare Zukunft absolute Sicherheit für die Rentner zu schaffen.

Herr Geißler möge sich darum bemühen, diese Klarheit der politischen Aussage zunächst einmal in den eigenen Reihen herzustellen. Bis heute war die CDU/CSU dazu nicht in der Lage. Sie verschweigt, welche tatsächliche Rentenerhöhung der Rentner nach ihren Vorstellungen erhalten würde. Ein Vergleich zu anderen Systemen muß umso fragwürdiger erscheinen, als nicht einmal die eigene, die CDU/CSU-Position klargestellt wird.

Die Anstrengungen anderer Länder, die in der Dokumentation insbesondere am Beispiel Großbritanniens herausgestellt werden, bedeuten dort im übrigen, daß die volle Anpassung an den wachsenden Wohlstand erst 1998 wirksam werden wird.

Insgesamt bleibt Geißler alle Nachweise für seine Behauptungen schuldig. Die Dokumentation ist daher ein neuer schwerer Schlag: Nicht gegen die Rentenpläne der Regierung und nicht gegen die europäische Einigung, sondern gegen die sozialpolitische Glaubwürdigkeit der CDU/CSU.  
(-/1.6.1978/ks/lo)

+ + +